

FFF Demo Friedberg 25. März 2022

Liebe Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten

Ich spreche hier für die Wetterauer Gruppe Aktion Frieden.

Der Krieg in der Ukraine beschäftigt die Menschen sehr. Wir hoffen, dass die Waffen schon morgen niedergelegt werden und der Krieg endet. Nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Syrien, im Jemen und überall. Die Welt hat bereits zu viele Kriege gesehen. In vielen Ländern haben sie die Lebensgrundlage der Bevölkerung zerstört und den Klimawandel wortwörtlich befeuert. Es kann und darf so nicht weitergehen.

Das ist der Punkt, weshalb wir uns heute an Sie wenden. Nicht nur heiße Kriege tragen zum Klimawandel bei.

Das CO<sub>2</sub>, das unsere Militärapparate verursachen, das kommt in den Klimaabkommen nicht vor. Das ist kein Versehen. Es war eine Vorbedingung der USA für ihre Teilnahme an den Klimakonferenzen. Glaubwürdige Schätzungen veranschlagen den CO<sub>2</sub> Ausstoß des US Militärs auf den eines mittelgroßen Industrielandes.

Für Deutschland wird geschätzt, dass 60% des CO<sub>2</sub> von Einrichtungen des Bundes auf die Bundeswehr entfallen. Damit die Soldatinnen und Soldaten im Ernstfall ihr Kriegsgerät bedienen können, müssen sie damit üben.

Ein Kriegsschiff wie die Fregatte Bayern verbraucht etwa 6.600 Liter Treibstoff auf 100 km. Das Schiff war im letzten halben Jahr im Indischen und Pazifischen Ozean unterwegs. Es legte 80.000 Kilometer zurück. Ein Kampfpanzer Leopard 2 verbraucht im Gelände 530 Liter Diesel auf 100 Kilometer.

Ein Eurofighter verbraucht pro Flugstunde 3.500 Liter Treibstoff. Im Jahr 2018 waren Eurofighter der Bundeswehr 10.500 Stunden in der Luft. Sie verursachten damit etwa 115.000 Tonnen CO<sub>2</sub>. Es bräuchte mehr als 9 Millionen Bäume, um diese Mengen an CO<sub>2</sub> zu speichern.

Wir wissen nicht im Detail, wie stark das Militär insgesamt zur CO<sub>2</sub> Bilanz Deutschlands beiträgt. Wir wissen auch nicht, was noch dazukommt, wenn wir uns die ganze Produktionskette von Munition und Gerät anschauen. Das wird nicht erfasst und damit wird so getan, als hätte es keine Bedeutung. Dabei sollte klar sein: jedes Kriegsgerät trägt zum Klimawandel bei.

Im Zweifel sei die Sicherheit wichtiger als die Umwelt, wird Minister Habeck zitiert. Wahrscheinlich stimmen ihm heute viele zu. Der Ukraine Krieg zeige doch, dass wir für unsere Sicherheit mehr und bessere Waffen brauchen.

Aber - In aller Welt fliehen Menschen vor Kriegen in ihrem Land. Einige sind zu uns geflüchtet. Sie können bezeugen, dass mit Waffen Kriege nicht verhindert werden. Je mehr Waffen, desto größer sind die Zerstörungen, für die Menschen, für die Umwelt und das Klima.

Ein Beispiel mitten in Europa ist Serbien. Im Krieg 1999 wurden dort weite Flächen verseucht. Um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, wurde nicht nur jegliche Infrastruktur ins Visier genommen. Es wurden auch gezielt chemische und andere Fabriken in Brand geschossen. Das belastet auf Jahrzehnte die Umwelt und ist eine Gesundheitsgefahr für Mensch und Tier. Wo immer in der Welt Kriege geführt werden, richten sie solche Verheerungen an.

Letztendlich trägt jede zusätzliche Waffe, die produziert wird, zum Klimawandel bei. Selbst wenn sie nie eingesetzt wird tut sie das. Es endet erst mit ihrer Zerstörung – entweder durch den Einsatz oder durch Vernichtung. Nicht weit von hier, im Köpperner Wald, ist eines der drei wirklich großen Munitionslager der Bundeswehr. Dort liegen auch umfangreiche Bestände von Altmunition. Denn die Kosten für eine fachgerechte Entsorgung von Kampfmitteln sind immens.

Und unsere Regierung? Statt unsere Steuern auf Aufrüstung zu verschwenden, sollte sie sich darauf besinnen, was die UNO immer wieder betont:

drei globale Krisen bedrohen die Zukunft der Menschheit.

Atomwaffen, Hunger und Klimawandel.

Warum tritt die Bundesrepublik nicht dem UN Atomwaffenverbotsvertrag bei?

Und warum beschließt die Bundesregierung, dass jetzt so reichlich Geld in Modernisierung und Aufrüstung des Militärs fließen soll? 50 Milliarden Euro jährlich plus 100 Milliarden Euro Sondervermögen, plus Verankerung im Grundgesetz, dafür werden wir alle bezahlen müssen. Dabei brauchen wir alle Kraft für die Bekämpfung des Klimawandels und der sozialen Krisen.

Wir sagen nein zum Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung.

Eine weitere Aufrüstung können wir uns nicht leisten.

Sie bedroht unser Zusammenleben.

Sie unterstreicht die Macht der Stärkeren.

Sie verhindert, dass nach den Interessen der Schwächeren gehandelt wird.

Sie behindert die Umsetzung internationaler Verträge.

Sie blockiert friedliche Wege zur Konfliktlösung.

Die Waffen nieder!

Verhandlungen und humanitäre Hilfe!

Abrüstung jetzt erst recht!